

Individuelle Förderung als Hit



Suitbert Cechura, Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleichere – Recht auf Teilhabe an der Konkurrenz – MV Wissenschaft 14,20 €

In der hIz wird Inklusion über Jahre thematisiert. Kritik aus den Schulen bezieht sich auf „fehlende Mittel“. Das greift zu kurz, so dass das Anliegen kaum berücksichtigt wird, dass die Reform der Sozialhilfe (Gesetzentwurf zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung für Behinderte, 6/16) auf Inklusion abzielt. Mit kritischen „Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ befasst sich das Buch von S. Cechura. Einleitend merkt er an, dass sein Urteil den Verdacht schüren könnte, er sei ein „Gegner von Menschen mit Behinderung“, doch will er diese Menschen vor falschen Hoffnungen warnen.

Er analysiert Inklusion im Spannungsverhältnis von gewährendem Staat und Gesellschaft und stellt ihre Einbettung in den oft kritisierten Umbau des

Sozialstaats dar.

Der historische Rückblick auf die staatliche Behindertenpolitik von der Kaiserzeit bis zur ‚Eingemeindung‘ der DDR verdeutlicht, was mit den Reformen des Sozialstaats beabsichtigt wird. Je nach Vorhaben des Nationalstaats setzt er die „notwendige Kost“ für Behinderte ins Verhältnis zu Wirtschaftswachstum und „Stärkung seiner politischen wie militärischen Macht“. Faschisten taxierten Ausgaben für Behinderte nach Nützlichkeitskriterien („unwertes Leben“).

Der Inklusionsgedanke will Leistungsgerechtigkeit auch für behinderte Schüler_innen. Ihre Fähigkeiten sollen zum Tragen kommen, ohne dass ihr Handicap ihr Leistungsvermögen beeinträchtigt. Eltern hoffen, dass die normale Beschulung bessere Abschlüsse bringt. Zu vernehmen ist: einigen ist das „Gemeinschaftserlebnis“ bedeutsam, andere beklagen, dass behinderte

„Die Politik peilt eine inklusive Gesellschaft an, deren Kosten 'passgenau'... sind.“

Schüler_innen verspottet und „geschnitten“ werden.

Internationale Tests wie PISA verdeutlichen, dass die Bildungspolitik den wirtschaftlichen Erfolg in der internationalen Konkurrenz im Auge hat, für den die Schüler_innen fit zu machen sind. Aus diesem Grund wurde die Klassen-Wiederholung abgeschafft. Die Schulzeitverkürzung steht komplementär

zum Hinausschieben des Rentenalters, beides verlängert die Lebensarbeitszeit. Dem Scheitern auf der Normalschule trotz Binnendifferenzierung folgte der Übergang zur Sonderschule. Mit der Aufspürung des Individuums in der Schule wird „individuelle Förderung“ der Hit, damit ist der „Idealismus des Lehrpersonals“ gefordert, diesen Mehraufwand „ohne große personelle und räumliche Veränderung“ zu leisten.

1992 entschied das BverfG, der Staat „muss die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sichern“, um die Menschen „soweit wie möglich in die Gesellschaft einzugliedern“. Was nicht gleichzusetzen ist, den Bürger_innen ein „auskömmliches Dasein zu garantieren“. Vor der Würde steht die Bürde, für sich selbst zu sorgen, egal ob Mensch arbeitslos, krank oder alt, behindert geboren (ca. 5%) oder im Lebensverlauf eine Behinderung erworben hat. Der Begriff Behinderung sagt wenig aus, wie sich die Einschränkung im Alltag auswirkt: Da gibt es große Differenzen zwischen Finanzminister Schäuble, der Sportreporter Lierhaus und Frau B in der WfbM der AWO und Herrn C im Wohnheim der Caritas. Der Politik ist bewusst, dass die Rechtsetzung für Behinderte auf Menschen trifft, die mehrheitlich vermögenslos sind und sich dem Wettbewerb um Arbeit nicht stellen können. Behinderung korreliert mit der „soziale Lage“.

1992 wird das Abhängigkeitsverhältnis der Mündel, vergleichbar einem „Kind-ähnlichem Verhältnis“, aufgehoben.

Sie werden per Gesetz „mündige Bürger“. Damit war der Einstieg geschaffen, alle Hilfen in Frage zu stellen. Das „Selbstkostendeckungsprinzip“ wird sukzessive aufgekündigt. Ein Sozialmarkt geschaffen, Sachleistungen in Geldleistungen überführt, Behinderte werden zu Kunden. Die Wohlfahrtsverbände werden zur Konkurrenz um staatliche Aufträge gezwungen. „Wirtschaftlichkeitsreserven mobilisieren“ bedeutet mehr Arbeit und weniger Lohn für die Betreuung der Hilfsbedürftigen.

2002 die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und -hilfe, damit war es mit annähernder Statussicherung vorbei. Behinderte erhalten ein „persönliches Budget“, damit sind alle Bedarfe abgedeckt. Das „soziale Umfeld“ wird einbezogen, gemeint sind Familie, Freunde als „gelebte Nachbarschaft“. „Private

Wohlätigkeit“ wird gefordert. Wenn Behinderte als „Rechts-subjekte“ weitgehend anerkannt sind, sind sie geschäftsfähig und damit im Prinzip zur Selbstsorge fähig. Mit der Befreiung von „pädagogischer“ Gängelung, fallen neue „Pflichten“ an. Auf einem „inkluisiven Arbeitsmarkt“ soll ihr Anteil erhöht werden, das Gros konkurriert dort mit Millionen im Niedriglohnssektor, als Mieter_in bewerben sie sich um wenig vorhandenen „billigen Wohnraum“.

Die Politik peilt eine „inklusive Gesellschaft“ an, deren Kosten „passgenau“, „sparsam und wirtschaftlich“ zu erbringen sind. Von der Schaffung neuer Handlungsspielräume nach den „Wünschen“ der Behinderten kann nicht die Rede sein. So bleibt Inklusion eine „Gemeinschaftsideologie“, deren Bezug die BRK (Behindertenrechts-

konvention) ist, die das „Individuelle“ betont. Konkurrenz bedeutet „viele“ haben „ein Ziel, aber nur einige erreichen“ es. Behinderte sollen sich wie jeder andere in der „Konkurrenz um Noten, Arbeitsplätze und Geld“ behaupten. Schonräume wie Förderschulen, für viele die bessere Art der Teilhabe, fallen dem neuen Anliegen zum Opfer. Misslingt das, sind die „Familie als Hilfsinstanz“ und die „Mildtätigkeit“ der Mitmenschen gefragt. „Ehrenamtlicher“ Einsatz soll Mängel übertünchen.

Es wäre angebracht, der Frage nachzugehen, warum Menschen mit Behinderung – und nicht nur die – arm sind in einer Gesellschaft, die immer mehr Reichtum produziert?

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK
GEWler

Für Viele bist du ganz plötzlich von uns gegangen

*Uns bleibt,
was gut war und klar war,
dass man bei dir immer durchsah
und Liebe, Hass und auch Furcht sah...*

Armin Vetter

*26.12.1946 †12.09.2016

Traurig sind die Mitglieder der Betriebsgruppe der BS 24 (ehemals Gewerbeschule 12) im aktiven Dienst und die Ruheständler_innen, die mit dir jahrelang an der Schule, aber auch in der Fachgruppe der GEW für eine bessere Welt und ein gerechteres Schulsystem gekämpft haben. Du warst immer ein wahrer Kollege, der zu einem gestanden hat. Du warst das Herz der Metallabteilung. Auf vielen Konferenzen vertratst du deine Meinung für Angelegenheiten, die dir und uns am Herzen lagen. Du ließ dich nicht beirren, warst fair und wolltest Gerechtigkeit. Für die Kolleg_innen und Schüler_innen war es so wichtig, von deiner Erfahrung profitieren zu können. Zu Weihnachten last du uns und den Schüler_innen in der Mediothek der G12 vor und alle lauschten andächtig. Du hast die Skiklassenreisen über Jahrzehnte organisiert und gegen alle Widerstände aufrechterhalten.

Du wirst uns immer in guter Erinnerung bleiben
als Kollege und als Gewerkschafter, Mensch und Freund.